

Erscheinungstag außer Sonntag.
Jahresabonnement des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat
(dabei 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbeschlussgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Abonnementpreis: Die einjährige Mitgliedschaft 30 M.
Vorkasse. — W. Ermäßigungen nach Tarif. Postbestellung:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 596. — Der Verlag
behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Abgaben vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof (A 7) 292-297.

Haftbefehl gegen Heildorf

Er fährt nach München — das Gericht kann warten!

Zu 9 Uhr ist heute, wie immer, die Verhandlung in Sachen Heildorf und Genossen angefangen. Um 9.15 Uhr ist der Saal noch leer. Dann füllt er sich langsam. Das Gericht erscheint noch immer nicht. Um 9.30 Uhr erschallt aus dem Richterzimmer noch heiteres Lachen. Kurz darauf erscheint Landgerichtsdirektor Ohnesorge auf dem Wege von seinem Dienstzimmer zum Gerichtssaal auf dem Korridor. 9.40 Uhr betreten die Richter endlich den Saal. Der Aufruf der Angeklagten ergibt, daß der Angeklagte Schulz, wegen dessen Unwohlseins die Sitzung am Dienstag unterbrochen werden mußte, zur Stelle ist. Es fehlen Heildorf und der Angeklagte Meyer-Mühlens. Ueber den letzteren liegt ein ärztliches Attest vor, nach dem der SA-Mann Meyer-Mühlens sich seit gestern wegen einer Nieserkrankung in Behandlung befindet.

Landgerichtsdirektor Ohnesorge teilt mit, daß er sich heute morgen mit dem behandelnden Arzt in Verbindung gesetzt habe, Meyer-Mühlens leide an einer Nieserkrankung, habe Fieber, und es sei möglich, daß er morgen verhandlungsfähig sein werde. Sollte sich jedoch sein Zustand verschlimmern, so würde eine Ueberführung in die Charité notwendig werden.

Vors.: Sind bezüglich des Grafen Heildorf irgendwelche Erklärungen abzugeben?
RA Dr. Triebel: Nur die, daß Heildorf durch die Verteidigung vertreten ist.

Vors.: Es ist mir die Mitteilung gemacht worden, daß Graf Heildorf in einer dringenden Angelegenheit nach München gefahren sei. RA Sack hat mich gestern angerufen und hat mir gesagt, daß Graf Heildorf wegen einer dringenden und wichtigen politischen Besprechung von den SA-Führern nach München berufen werde. Ich habe darauf erwidert, daß im Falle des Fernbleibens des Grafen Heildorf von der Gerichtsverhandlung das Gericht sich seine Schritte vorbehalten würde. Einige Minuten darauf habe ich Dr. Sack angerufen und habe ihm meine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht, daß Graf Heildorf Gefahr laufe, vorgeführt oder verhaftet zu werden. RA Sack hat versprochen, Graf Heildorf davon in Kenntnis zu setzen.

Der Angeklagte Ernst: Graf Heildorf hat um 8.15 Uhr das Büro in der Hedemannstraße verlassen, um sich zum Bahnhof zu begeben.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehning: Der Angeklagte Heildorf ist unentschuldig einer unterbrochenen Hauptverhandlung ferngeblieben. Er hat das getan in voller Erkenntnis der Tatsache, daß das Gericht ohne ihn nicht weiter verhandeln kann. Er hat damit eine offene Nichtachtung des Gerichts gezeigt.

Der Vorsitzende hat dem Verteidiger des Angeklagten Grafen Heildorf in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß sein Fernbleiben eine Vorführung oder einen Haftbefehl zur Folge haben würde. Trotzdem ist Heildorf heute nicht erschienen. Er mußte, daß das Gericht die Verhandlung seinerwegen aussetzen gezwungen sein würde. Ich beantrage seine Verhaftung, da seine Vorführung keine Gewähr für die Durchführung der Verhandlung bietet. Die Verhaftung könnte noch im Laufe des heutigen Tages durchgeführt werden.

RA Dr. Schirmer in Vertretung des RA Sack: Es ist dem RA Sack gestern nicht mehr gelungen, den Angeklagten Graf Heildorf von dem Ergebnis der Unterredung mit dem Vorsitzenden in Kenntnis zu setzen. Ich bitte die Verhandlung gemäß § 238 der StPO fortzusetzen. (§ 238 StPO besagt, daß, falls die Vernehmung der Angeklagten zur Sache abgeschlossen und seine Anwesenheit im Gerichtssaal nicht erforderlich erscheint, das Gericht bei freiwilliger Entfernung auch ohne ihn weiter verhandeln kann.)

RA Dr. Triebel: Auch ich schließe mich diesem Antrage an. Dem Staatsanwalt möchte ich entgegenhalten: Im Verhalten des Angeklagten Heildorf ist unter keinen Umständen eine Störung des Gerichts zu erblicken. Heildorf steht als Leiter der Berliner SA an politisch prominenter Stelle. In der jetzigen politisch so bewegten Zeit können Momente eintreten, wo er nicht zu ersehen ist, Momente, in denen die dienstlichen (!) Belange von solcher Wichtigkeit sind, daß die Nachteile, die aus der Richtersfälligkeit dieser Pflicht entstehen könnten, größer erscheinen als die Nachteile, die durch das Fernbleiben vom Gericht ihm drohen.

Rechtsanwalt Dr. Triebel: Es liegt weder Fluchtverdacht noch Verdunkelungsgefahr vor. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehning: Ich treue mich, die Kenntnis der Strafprozedur des Herrn Verteidigers vervollständigen zu können; es gibt auch eine Ungehorsamshaft. Angekl. Ernst: Ich befand mich im Zimmer, als Heildorf das Ferngespräch mit München

Wenn die Partei ruft ...



Die Kundgebung, zu der die Sozialdemokratie Berlins am Mittwoch aufgerufen hatte, löste einen gewaltigen Massenaufmarsch aus. Unser Bild gibt einen Ueberblick über die ungeheure Fülle im Sportpalast.

Links unten: Die Redner des Abends: Marie Juchacz, Paul Faure, Paul Löbe und Pietro Nenni.



führte. Er wies auf die Prozeßlage hin und erklärte, daß das Gericht nicht länger als zwei Tage die Verhandlung aussetzen könne. Er erhielt zur

Antwort, daß er unverzüglich kommen und unverzüglich abreisen solle.

Heildorf sagte darauf, unter dem Hinweis auf die möglichen Folgen, daß er kommen würde. Er wolle seinen Anwalt damit beauftragen, mit dem Gericht Rücksprache zu nehmen.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Nach etwa einer Stunde verkündet Landgerichtsdirektor Ohnesorge folgenden Gerichtsbeschluss:

Der Angeklagte Heildorf ist gemäß § 230 der StPO zu verhaften, sein Ausbleiben ist unentschuldig, die Voraussetzungen des § 238 liegen nicht vor.

Das Gericht hat weiter beschlossen, die Verhandlung morgen fortzusetzen. Landgerichtsdirektor Ohnesorge ermahnt unter Androhung einer möglichen Verhaftung sämtliche Angeklagten an Gerichtsstelle zu sein.

Geheimfunk zum Nazireich. Sender und Empfänger beschlagnahmt.

Magdeburg, 28. Januar.

Der nationalsozialistische Sturmführer Mechaniker Jonack-Magdeburg wurde in seiner Wohnung mit dem ebenfalls der NSDAP angehörenden Elektriker Reinhausen aus Neuhaldensleben beim Ausprobieren verbotener Fernmeldeapparate angetroffen, von deren geheimen Aufbau die Polizei Kenntnis erhalten hatte. Jonack hatte die Apparate in der vorhergehenden Nacht von dem Elektriker Reinhausen mit einem Kraftwagen abgeholt. Die Geräte, die eine vollständige Empfangs- und Sendeanlage darstellten, wurden polizeilich sichergestellt. Gegen die Beteiligten ist ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Fernmeldeanlagen eingeleitet worden.

Der Minister ...

Und seine Polizei am Grabe des Ermordeten.

Braunschweig, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Der Minister von Hakenkreuz Gnaden, Klagges, erklärte in einer öffentlichen Versammlung in Braunschweig nach dem Bericht der rechtsradikalen „Landeszeitung“, der Endsieg könne in Deutschland nur demjenigen werden, der „dem Marxismus eine bessere Weltanschauung mit noch größerer Brutalität als bisher“ entgegenzusetzen in der Lage sei. Vorher hatte Klagges von „Reichsbannerhorden“ gesprochen, gegen die die SA-Leute zu schärferem Vorgehen aufgestachelt wurden. Angesichts der gespannten Situation in Braunschweig bedeuten derartige Worte eines für die Ruhe und Ordnung verantwortlichen Ministers Del ins Feuer!

Den Rednern bei der Beerdigung des von Nazis ermordeten jungen Reichsbannermannes Meier ist von der Polizei verboten worden, die nationalsozialistischen Mörder zu nennen oder die Mörderpartei verantwortlich zu machen, noch überhaupt die Nationalsozialisten irgendwie anzugreifen! Klagges hat um die Gräber Polizei postiert.

Klagges denkt, wenn er das Wort verbietet, habe er auch schon den Geist getötet, der das Wort sprechen wollte. Er täuscht sich, wie hier, so in vielen anderen seiner Voraussetzungen!

Die Blutschuld von Braunschweig.

Gegenüber der Klagges-Erklärung, der erschossene Jungbannermann Meier sei nicht von Nationalsozialisten, sondern von seinen eigenen Gefinnungsgenossen getötet worden, teilt uns die Bundespressstelle des Reichsbanners mit:

Am Sonntag, dem 24. Januar, mittags, ist ein Augenzeuge, der mit Meier am Bergsteig zusammen war und der von den Nazis ebenfalls mit dem Revolver bedroht wurde, polizeilich vernommen worden. Die Angaben dieses Zeugen sind zu Protokoll gegeben. Ausdrücklich sagt dieser Zeuge, daß es sich um einen Nationalsozialisten handelt, der ihn und Meier bedrohte. Dem Augenzeugen gelang es, zur Seite zu

springen, während Meier sich umdrehte und beim Fortlaufen von dem Nationalsozialisten niedergeschossen wurde. Diese Erklärung liegt bei den Akten. Minister Klages hat diese wichtige Zeugnisaussage einfach ignoriert. Der Augenzeuge gibt außerdem in seinem Protokoll eine lückenlose Personalbeschreibung. Er gibt weiter an, daß er mit Meier auf der Gasse stand, also auf dem Weg zum Bergsteig, von neun Nationalsozialisten angerepelt wurde und unter diesen Personen befand sich auch derjenige, der geschossen hat. Der Augenzeuge kennt einen dieser neun Nationalsozialisten genau und konnte der Polizei Namen und Wohnung mitteilen. Der vernehmende Beamte hat den Augenzeugen bei der Vernehmung gesagt, daß es keinen Zweck hätte, den erkannten Nationalsozialisten zu vernehmen, da er seine Aussage verweigern würde.

Wir überlassen es der Öffentlichkeit, sich über den Grad der Beidfertigkeit, mit der die amtliche Braunschweiger Erklärung zusammengestellt worden ist, ein Urteil zu bilden.

Ein Gruß an Otto Braun.

Beschluß der Sportpalast-Versammlung.

Am Schluß der gestrigen Kundgebung im Sportpalast schlug Genosse Künstler vor, ein Glückwunschtelegramm an den preussischen Ministerpräsidenten, Genossen Otto Braun, zu senden. Der Vorschlag wurde von der Versammlung unter stürmischem Beifall angenommen. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

18 000 Berliner kampfbegiertere Proletarier senden aus dem Sportpalast dem Führer der Sozialdemokratie und dem anerkannten Staatsmann Preußens herzlichste Glückwünsche zum 60. Geburtstag.

Künstler, Lütke, Sabath, Wendt.

Glückwünsche für Otto Braun.

Der Reichspräsident hat dem preussischen Ministerpräsidenten Braun in einem persönlichen Schreiben seine Glückwünsche zur Vollendung des 60. Lebensjahres ausgesprochen. Zugleich hat Reichskanzler Dr. Brüning im Namen der Reichsregierung telegraphisch die herzlichsten Glückwünsche übermittelt. Weiter hat der Reichsminister des Innern Dr. h. c. Groener ein Glückwunschtelegramm geschickt, ebenso Oberbürgermeister Dr. Sahm und Stadtverordnetenvorsteher Haß namens der Stadt Berlin.

Infame Hehe.

Lügen des „Völkischen Beobachters“ gegen die Eisener Front

Die Blätter der Kommunisten gegen den 16jährigen Hitler-Gymnasiasten Rorkus gibt dem „Völkischen Beobachter“ Anlaß zu einer schamlosen Lügenhehe gegen das Reichsbanner, die an Gewissenlosigkeit und Infamie alles Dagewesene übersteigt. Wiewohl auf der gleichen Seite des „V. B.“ zweimal lang und breit zu lesen ist, daß Rorkus von Kommunisten erstochen wurde, verleiht Hitlers Organ sich zu folgender Anpöbelung der „Eisernen Front“:

Wir wissen, daß die geistigen Urheber dieser Morbtaten nicht in den Verbrecherlokalen und den Elendhöfen der Großstädte zu finden sind. Die Täter in den Redaktionsstuben der roten Journale, in den Führerstellen des Reichsbanners und der Jochen unter den Augen margittischer Würdenträger gegründeten „Eisernen Front“.

Es ist auch kein Wunder, daß mit dem Reklamegeschrei für die „Eiserne Front“ der rote Blutrausch sich vervielfacht hat. Das rote Unternehmertum glaubt nun legalisiert zu sein zum Warden an den „Faschisten“.

Zur Entlarvung dieser elenden Verleumdung, die nach Verhängung des Standrechts und nach Maßnahmen à la Klagesfest freies, genügt es, wenn wir auf die Worte verweisen, die gestern unter stürmischem Beifall vor Zehntausend Paul Röbe im Sportpalast sprach:

Die sechzigjährige Geschichte der Sozialdemokratie und die gesamte sozialistische Literatur von Auer und Bebel und Liebknecht an beweisen, daß unser Streben niemals das Einschlagen, sondern immer das Erleuchten der Köpfe war.

Aber ein anderes: Auf der Titelseite des „Völkischen Beobachters“, der die Lügenhehe gegen das Reichsbanner verbreitet, finden wir nicht weniger als ein dutzendmal folgende Bezeichnungen für den politischen Gegner:

„Rotes Unternehmertum“ — „Rotes Asphaltgefände“ — „Kanalien“ — „Rote Bestien“ — „Verbrecher“ — „Gesindel“ — „Roter Blutrausch“ usw. usw.

Wer durch solche Schimpfmethode die Weltanschauung zur Sieb- hige aufsteckt, der hat wahrlich jedes Recht verdient, sich zu beschweren. Für ihn gilt das Wort Schillers aus dem Wallenstein: „Ihr löst Blut, und tut bestürzt, weil Blut ist aufgegangen.“

Hitler an Brüning.

Auch das Zentrum hat den Dolch gestochen!

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen neuen offenen Brief Hitlers an Brüning. Darin sagt Hitler, zu dem Verfall der Sozialdemokratie und die Demokratie das alte Reich ausgehöhlt, zerstört und verraten hätten, wenn sie nicht die Revolution vorbereitet, durchgeführt oder zumindest gedeckt hätten. Die unerblütliche Handhabung des Verfaller Vertrages wäre ganz unmöglich gewesen, wenn nicht gewisse Parteien zu jeder Erpressung, Schmach und Schande ihre Zustimmung gegeben hätten. Die Geschichte zeige, daß es doch ein Unterschied sei, ob in einer verzeifelten Lage ein Herzog von Braunschweig die Armee führe oder ein Gneisenau. Zum Schluß sagt Hitler: Wenn der Reichskanzler als sein gutes Recht den Glauben in Anspruch nehme, daß es kein anderer hätte besser machen können als er, dann dürfe er auch den Nationalsozialisten das Recht nicht versagen, überzeugt zu sein, daß es keine Regierung hätte schlechter machen können als die seine.

Ob der Reichskanzler auf diese Häufung von Lebenswürdigkeiten wieder mit einem höflichen Brief antworten wird, steht dahin.

„Angriff“ Gien aus der Haft vorgeführt.

Und wegen Beleidigung zu 400 Mark verurteilt.

Während die Polizei noch eifrig nach dem „Angriff“-Krause sucht, der sich wegen eines Beleidigungsprozesses versteckt hält — ob nicht auch er zu Herrn von Rastbach nach Innsbruck gefahren ist? — ist sein Kollege, der „Angriff“-Gien am Montagabend vom Schicksal ereilt worden. Die Polizei hat ihn verhaftet und gestern zur Verhandlung vorgeführt.

Wie erinnerlich, ist Herr Gien angeklagt, als verantwortlicher Redakteur einen Artikel gezeichnet zu haben, in dem der Vorstand der Produktionsbörse mit antisemitischen Einwänden bedacht wurde,

USA: Boykott gegen Japan?

Washingtoner Erwägungen über ein angelsächsisches Vorgehen

Washington, 28. Januar.

Die verlaute, erwägen die hiesigen maßgebenden Stellen einen gemeinsamen amerikanisch-englischen Wirtschaftsbuykott gegen Japan als ersten Schritt, um Japan bei seinem Vorgehen in China halt zu gebieten. Wie es heißt, will Stimson weiter Japan warnen und erklären, daß das Vorgehen Japans in Schanghai eine ernstliche Bedrohung des Weltfriedens darstelle.

Es scheint in der Tat, daß ein solcher Boykott Japans durch die angelsächsischen Länder heute das letzte wirksame Druckmittel auf die Regierung in Tokio wäre. Vor dem Völkertum haben die Japaner jede Angst verloren und die bisherige Passivität der Amerikaner hat sie in dem Glauben bestärkt, daß ihr stärkster Konkurrent im Stillen Ozean ebenfalls unfähig ist, sich ihnen auf ihrem imperialistischen Raubzug entgegenzustellen.

Ein solches Vorgehen der USA birgt natürlich schwere Gefahren in sich — aber letzten Endes würde eine ungehemmte japanische Gewaltspolitik gegen China erst recht zu einem allgemeinen Krieg im Fernen Osten führen.

Schanghai Behörden erfüllen das Ultimatum.

Tokio, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Die Behörden der Schanghai Chinesenstadt haben dem Sicherheitsamt befohlen, die antijapanischen Gesellschaften der Stadt aufzuheben. Der Befehl erfolgte auf Grund des Ultimatus des japanischen Konsuls in Schanghai, das im Auftrag der

japanischen Regierung übermittelt wurde und eine Beantwortung der japanischen Forderungen bis spätestens heute verlangte.

Die japanischen Staatsangehörigen sollen China verlassen.

Tokio 28. Januar.

Der japanische Generalkonsul in Schanghai, Murai, hat die japanischen Konsulate in Hankow, Tschangai, Wuhu und Kanton angewiesen, allen Japanern zu empfehlen, das Land zu verlassen, da die politische Lage in China sehr unsicher sei. Die japanische Regierung könne bei ernstlichen Schwierigkeiten vielleicht nicht in der Lage sein, für den Schutz ihrer Staatsangehörigen Sorge zu tragen.

Die Japaner landen neue Truppen in Schanghai.

Schanghai, 28. Januar.

Gegen das japanische Konsulat wurde heute früh eine Bombe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und nur ganz geringer Materialschaden angerichtet. Aber die bei den Einwohnern herrschende Nervosität ist durch den Vorfall noch gesteigert worden. Wie verlaute, hat der Gemeinderat der internationalen Niederlassung beschlossen, den Gefährzustand zu erklären.

Der japanische Kreuzer „Yubari“ und zwölf japanische Zerstörer trafen bei Tagesanbruch hier ein und landeten 500 Seesoldaten. Man erwartet für heute nachmittag die Landung von weiteren 500 Seesoldaten, wodurch die japanischen Marinestreitkräfte in Schanghai eine Stärke von ungefähr 3000 Mann erreichen würden. Die internationale Niederlassung verfügt weiter über 2070 britische und 1200 amerikanische Seesoldaten sowie über 1000 französische Kolonialsoldaten.

Jetzt Planwirtschaft bei der Stadt

Berlins neues Ortsgesetz — Nun aber Vereinfachung der Verwaltung!

Seit Bestehen der Einheitsgemeinde Groß-Berlin geht der Streit um die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Zentrale und den Verwaltungen der Bezirksämter. Die „Cos-von-Berlin“-Bewegung, die eine Zeilung von einigen Außenbezirken betreiben wurde, war schnell erledigt, nachdem man eingesehen hatte, daß die Vorteile, die die Zusammenfassung der früher selbständigen Gemeinden mit sich brachte, doch nicht von der Hand zu weisen waren. Von der anderen Seite wurde zeitweilig höchste und straffste Zentralisierung als das Heilmittel gepredigt. Der Kampf soll jetzt sein Ende finden durch das Inkrafttreten der neuen Berliner Ortsplanung, die der Magistrat gestern angenommen hat. Das neue Ortsstatut ist ein Rahmengesetz, es soll die Grundlage bilden für die Vereinfachung der Verwaltung, für die Ausmerzung hemmender Doppelarbeit und die Einführung einer planvollen Planwirtschaft bei allen städtischen Anstalten und Einrichtungen. Das aber wird nur möglich sein, wenn der Magistrat und die Bezirksbürgermeister aufs engste miteinander zusammenarbeiten. Das neue Berliner-Gesetz hat mit der Schaffung der periodisch stattfindenden Besprechungen zwischen Magistratsmitgliedern und Bezirksbürgermeistern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters eine Einrichtung gegeben, die zum Wohle der Gesamtverwaltung die Zentralfstelle der Berliner Verwaltung werden kann.

Man darf feststellen, daß die neue Ortsplanung durchaus nicht stark zentralistisch gestaltet worden ist. Die Ortsplanung stellt in ihren einleitenden wichtigsten Paragraphen ausdrücklich fest, daß die Anstalten und Betriebe von dem Verwaltungsbezirk zu verwalten sind, in dem sie liegen. Der Zentralverwaltung sind vorbehalten die Auftragsangelegenheiten, die der Stadtgemeinde als Kommunalverband oder einen ihrer Organe als Provinzialbehörde übertragen sind. Die Anstalten und Betriebe, die in Form eines selbständigen Unternehmens des öffentlichen oder privaten Rechts geführt werden — das sind die großen städtischen Gesellschaften, wie

zum Beispiel die Verkehrsgesellschaft —, werden gleichfalls von der Zentrale verwaltet.

Fast keine Veränderungen sind eingetreten beim Personalwesen, bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung und bei der Einziehung der Steuern und Abgaben. Ebenso ist das Gebiet der Kunst, des Bildungswesens und des Siedlungs- und Wohnungswesens fast unberührt geblieben. Im Gesundheitswesen soll eine einheitliche Gestaltung der städtischen Gesundheitspflege Platz greifen. Nur einige Einrichtungen verbleiben in der Verwaltung der Zentrale, so das Rettungs- und Krankentransportwesen, das Virchow-Krankenhaus sowie alle Anstalten für Geistesranke, Schwachsinnige und Psychopathen. Die Obdachlosenpflege werden zukünftig von den zuständigen Bezirksämtern betreut. Im Schulwesen soll eine Neuorganisation getroffen werden, die wahrscheinlich noch zu ausgiebigen Debatten in der Öffentlichkeit führen wird. In den Bezirken 1-6, die die frühere Stadt Berlin darstellen, lag die Verwaltung der Volks- und auch der höheren Schulen bei der Stadtgemeindevverwaltung. Man will auch hier das Schulwesen in die Verwaltung der Bezirke geben. Das Abendgymnasium und die Arbeiterabituientenkurse werden zentral verwaltet. Zu den Verwaltungsaufgaben der Zentrale gehören weiter die Regelung des Straßenreinigung- und Fuhrwesens, die Verwaltung der Markthallen, der Märkte für den Großhandel sowie der Vieh- und Schlachthöfe. Man trägt sich mit dem Gedanken, den bisher selbständigen Schlacht- und Viehhof in Spandau später zu dem Auslandschlachthof Berlins umzugestalten.

In einer Pressebesprechung, die heute vormittag im Stadtverordnetenversammlungssaal stattfand, übergab Oberbürgermeister Dr. Sahm den Entwurf der Öffentlichkeit. Bürgermeister Lange ergänzte die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in der nächsten Woche mit dem Statut beschäftigen.

und der als Abschluß den hübschen Vers hatte: Was der Landwirt baut, wird vom Juden gekauft.

Herr Gien war in der vorigen Verhandlung nicht erschienen, obgleich der Staatsanwalt ihn auf seine diesbezügliche Anfrage auf die Möglichkeit von Zwangsmahnahmen aufmerksam gemacht hatte. Der Antrag des Staatsanwalts, gegen den Angeklagten einen Haftbefehl zu erlassen, da das Richtergehörnen von „Angriff“-Redakteuren an Gerichtsstelle System zu werden scheint, wurde vom Gericht abgelehnt. Das Kammergericht gab jedoch einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen diese Ablehnung statt; der Haftbefehl wurde erlassen und Herr Gien auch prompt festgesetzt.

In der gestrigen Verhandlung konnte der „Angriff“-Verantwortliche zu seiner Verteidigung nichts Besseres vorbringen. Der Staatsanwalt beantragte wegen formaler Beleidigung 800 Mark; das Gericht erkannte auf 400 Mark und auf Publikationsbefugnis im „Angriff“, in der Berliner Börsenzeitung, im „Berliner Börsen-Courier“ und in der „Deutschen Streibezeitung“.

Herr Krause aber muß noch wie vor jede Nacht auswärts schlafen — seine Angst ist unbeschreiblich groß!

Das Grab im U-Boot.

Keine Aussicht auf Rettung der Männer von „M 2“.

London, 28. Januar.

Die Hoffnung, die Mannschaft des untergegangenen Unterseebootes „M 2“ noch retten zu können, ist nunmehr so gut wie ausgegessen worden. Wie die Admiralsität am Mittwoch noch spät abends mitteilte, haben die Minensuchboote zwei weitere Gegenstände auf dem Meeresgrund festgestellt. Es wurden verschiedene Taucher herabgelassen; infolge der hohen Flut gelang es jedoch keinem der Taucher, den Meeresgrund zu erreichen. Am Mittwochabend ging das Minensuchboot „Edworth“, das mit den modernsten Tiefsee-Tauchereinrichtungen versehen ist, mit mehreren Tauchern an Bord von Portsmouth in See, um die Tauch-

versuche während der Nacht fortzusetzen. Auch diese Versuche blieben erfolglos.

Nach den letzten Nachforschungen scheint festzustellen, daß sich an Bord des untergegangenen Unterseebootes sieben Offiziere, einschließlich zweier Fliegeroffiziere, und 33 Mann befanden.

Banditenüberfall bei Bernau.

Sie hatten es auf einen Lohntransport abgesehen.

Auf der Chaussee, einige Kilometer hinter Bernau, wurde heute vormittag auf einen Lohngeldtransport des Städtischen Gutes Albershof ein verwegener Raubüberfall verübt. Durch die Gelbesgegenwärtigkeit des Autoführers wurde der Banditenüberfall jedoch vereitelt.

Gegen 10 Uhr hatte der Rechnungsführer Kopp von der Städtischen Gutsoverwaltung Albershof von der Bernauer Stadtkasse 5000 Mark Lohngehalt abgehoben, die mittags an die Rotstandsarbeiter, die auf dem Gut beschäftigt sind, zur Auszahlung kommen sollten. An einer Stelle, wo der Wald dicht an die Chaussee heranreicht, tauchten plötzlich vier maskierte Männer auf und vorstellten mit schußbereiten Pistolen dem Autoführer den Weg. Der verlor jedoch nicht die Gelbesgegenwart, gab Vollgas und laufe in rasender Fahrt auf die Banditen zu. Die Verbrecher konnten sich nur noch im letzten Augenblick durch Zurückspringen in Sicherheit bringen. Kube hatte die Bande kaum einige Meter hinter sich, als ein Schnellfeuer aus vier Pistolen auf das Auto einlegte. Die Karosserie wurde von zahlreichen Kugeln durchbohrt. Der Rechnungsführer Kopp hatte sich auf den Boden des Autos geworfen, so daß er glücklicherweise unversehrt blieb.

Als das Auto auf dem Gutshof anlangte, wurde sofort die Bernauer Polizei von dem Ueberfall telefonisch in Kenntnis gesetzt. Mehrere Polizeiautos eilten sofort an die bezeichnete Stelle, von den Banditen war aber keine Spur mehr zu entdecken.

Auf Lebenszeit deportiert werden zwei indische Studentinnen, die den britischen Kommissar für den Distrikt Comilla (Bengalen), Stevens, ermordet haben.

Alsberg und die Sklareks.

Leo und Willy Sklarek bestehen auf seiner Vernehmung.

Im Sklarek-Prozess, in dem die Sklarek-Verteidiger heute wieder vollständig zur Stelle waren, gab der Vorsitzende zu Anfang eine Erklärung des Rechtsanwalts Professor Dr. Alsberg zu der Kaffiberangelegenheit bekannt.

„Das Schriftstück, das seinerzeit bei Max Sklarek anlässlich der Durchsichtung seiner Zelle gefunden worden ist, ist ihm nicht von meinem Büro zugeleitet worden. Das Schriftstück enthält die Abschrift einer Zusammenstellung der von Willy und Leo Sklarek aufgestellten Behauptungen und vor allem des von ihnen beantragten Zeugnisses in der Frage des Stadtbankkomplexes. Einem der Mitverteidiger ist, wie allgemein festgestellt, eine Abschrift aus dessen besonderes Erfordern zugesandt worden. Die Entstehung dieser Zusammenstellung geht aus den in meinem Büro geführten Akten hervor, insbesondere aus der Korrespondenz mit dem Zivilanwalt der Gebrüder Sklarek, der insbesondere auch schriftlich darum ersucht worden ist, darauf hinzuwirken, daß die Angeklagten sofort das sachlich vorbringen, was für die strafrechtliche Würdigung der Angelegenheit entscheidend ist.“

Der Inhalt der Korrespondenz und der bei mir geführten Akten kann keinen Zweifel darüber lassen, daß ausschließlich in der legalen Weise dazu mitgewirkt werden sollte, die von der Staatsanwaltschaft zunächst ohne Voruntersuchung gedachte Aufklärung der Angelegenheit im Wege eines Ermittlungsverfahrens durch sachliche Ausführungen und Beweisanträge zu fördern.

Der Oberstaatsanwalt vertrat die Auffassung, daß das eingeschlagene Verfahren nicht zulässig sei, und Willy und Leo Sklarek blieben bei der Forderung, Dr. Alsberg und Dr. Gottlieb als Zeugen zum Beweise dafür zu hören, daß sie, die Angeklagten, ihren Verteidigern gegenüber schon von Anfang an betont hätten, daß es sich bei den Unterlagen usw. nur um formalistische handelte. Auch Rechtsanwalt Ruppe trat für die Vernehmung ein, um aufzuklären, daß Behmann keinen Kaffiber erhalten habe. — Zur eigentlichen Prozeßmaterie zurückkehrend, erörterte man dann die

Fälschung eines Kassenbuchs.

wobei Leo Sklarek wieder behauptete, daß es auf Veranlassung von Stadtbankdirektor Hoffmann angefertigt sei, was dieser jedoch energisch bestritt. Leo Sklarek (erregt): Sie haben mir doch gesagt: Vor dem Großen habe ich keine Angst, ich fürchte mich nur vor den „Wanzen“, den Unterorganen. Hoffmann (erregt aufspringend): Ich bestreite ganz entschieden, daß ich so etwas gesagt habe. (Mit der Faust auf den Tisch schlagend:) Jetzt wird es mir aber zu bunt. Als der Vorsitzende in diesem Zusammenhang die Angeklagten und die Verteidiger zum Gerichtstisch lot und ihnen das gefälschte Buch vorlegte, das von den Revisoren nicht beanstandet worden war, kam es zu einem Zwischenfall. Der Oberstaatsanwalt hat, an den Witangeklagten Buchhalter Lehmann die Frage zu richten, was Leo Sklarek ihm sieben hinter dem Rücken gesteuert habe. Lehmann zögerte einige Sekunden mit der Antwort, und statt seiner sagte Leo Sklarek: Ich habe gesagt: Die Stadtbankdirektoren tun so, als ob sie getäuscht worden sind, und Lehmann bestätigte diese Aussage. Lehmann: Die Buchprüfung dauerte nur zwei bis drei Minuten. Der zweite Revisor Schröder hat mit den Sklareks Kaffiber getrunken. Max Müller mit Leo Sklarek über den Pflegethron gesprochen hat, weiß ich nicht.

Räuber im Postwagen.

95 000 Franken erbeutet.

Saarbrücken, 28. Januar.

Bei der Ausfahrt des Personenzuges 680 sprangen gestern abend auf dem Bahnhof Ramphausen zwei vermummte Gestalten in den Bahnpostwagen, bissen den Beamten mit einem Revolver in die Schenkel und raubten einen Postsaft mit 95 000 Franken Inhalt. Kurz vor der Einfahrt des Zuges in den Bahnhof Reuhaus sprangen die Räuber ab. Die Ermittlungen der Polizei haben bis zur Stunde noch kein Ergebnis gehabt.

Taschendieb in der Sparkasse.

Ein seltenes Exemplar seiner Gattung.

Die Gastrolle, die ein internationaler Taschendieb, der Schneider Wolf Kurzweg aus Warschau, in Berlin gegeben hat, wurde einigen Leuten, die die Sparkasse von der Sparkasse abgehoben hatten, zum Verhängnis.

Der äußerst gerissene Gauner ist in Berlin verschiedentlich aufgetreten. Er wurde im Juli vergangenen Jahres mit zwei Komplizen auf scharfer Tat abgefaßt und nach Verbüßung seiner Strafe über die Grenze gebracht. Jetzt hat er sich wieder in Berlin eingefunden. Auf der Sparkasse in der Richardstraße in Neutölln erschien vor einigen Tagen eine ältere Frau und hob von ihrem Konto 1400 M. bares Geld ab. Unklugerweise besuchte sie ein Warenhaus und fuhr mit dem Fahrstuhl zum dritten Stock empor. Oben angekommen, entdeckte sie, daß die Briefstasche mit dem Geld verschwunden war. Alles Suchen nach dem Diebe war zunächst vergeblich. Das gleiche Mißgeschick hatte am selben Tage ein älterer Mann, der 1000 M. abhob. Auch er wurde auf der Straße angerempelt und ehe er richtig zur Besinnung kam, war die Briefstasche mit den 1000 M. verschwunden. Die beiden Bestohlenen meldeten ihr Mißgeschick sofort den Beamten in der Sparkasse in der Richardstraße. Diese konnten sich entsinnen, daß im Vorraum der Kasse ein längerer Mann sich aufgehalten hatte. Auf dem Polizeipräsidium erkannten sie nach den vorgelegten Bildern Wolf Kurzweg. Die Beamten fahndeten nach ihm und einer sah ihn gestern auf der Straße. Heimlich wurde er verfolgt und schließlich verhaftet.

Die Frechheit Kurzwegs ging soweit, daß er nach dem Diebstahl im Warenhaus schnurstracks zur Bank zurückkehrte und im Vorraum auf sein zweites Opfer — den alten Mann — wartete. Für beide Diebstähle hat er etwa zwei Stunden gebraucht.

Wo Nazis herrschen.

Akt, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Eine Revision der Gemeindefälle in der Gemeinde Albersdorf, die politisch von den Nazis beherrscht wird, hat einen Fehlbetrag von reichlich 4000 Mark ergeben. Außerdem stellte die Revision fest, daß Steuerrückstände von etwa 2500 Mark vorhanden sind, für die keine Stundungsgesuche der Schuldner oder Niederschlagungsbeschlüsse der Gemeindevertretung vorhanden sind. Zum Teil sind die Steuern bereits verzahlt. Der Gemeindevorstand wurde seines Amtes enthoben. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde eine Kommission eingesetzt, die eine genaue Nachprüfung der Verluste vornehmen soll.

Pohl: „Kampf um Kolbenau.“

Komödienhaus.

Das Schicksal schlesischer Bergarbeiter unmittelbar nach dem Krieg und der Novemberrevolution wird gespielt. Der Heimkehrer, der noch den verschmutzten Uniformrock trägt, findet zu Hause das graue Elend. Mit hautmaligen Farben wird es ausgemalt. Für dieses Land und für dieses Elend ist der Weberstil eben klassisch, auch für Gerhart Pohl, der nicht plötzlich aus der Verjüngung ausläuft, sondern ein begabter Schriftsteller ist.

Spartakus geht im Bergwerksgebiet um, die große Führerin von Spartakus, die zwar bei Pohl nicht Rosa Luxemburg heißt, die aber deutlich genug wird. Des Dichters Wille ist, daß sie nicht in Person auftritt. Nur geschwärmt wird von ihr. Sie wird nur versucht und schließlich von den Soldaten umgebracht, die in ihrer Bosartigkeit als genaue Abbilder der geschichtlichen Mörder sichtbar werden. Die unsichtbare Macht der Führerin erweist sich, rein dramaturgisch, als ein vorzüglicher Motor der Theaterereignisse.

Der Generaldirektor des Werks ist ein erfahrener und landsässiger Mann. Mit seinen Kumpeln geht er streng um, doch er stellt sie auf keine harte Art. Erlauben will er nicht, daß die Soldateska seinen Bezirk zum Bürgerkriegsgebiet auswählt. Aber stärker als er sind die jungen Reaktionen, die Grünshäbel ohne Vergangenheit, sind die Militärs, für die kein Arbeiterrecht und auch keine Vernunft existieren. Ueber den Kopf des Alten weg reizen sie die Arbeiter bis aufs Blut, werben sie die Mörder gegen die Führerin, eröffnen sie das Blutvergießen gegen eine Masse, die sich verzweifelt wehrt, die jedoch unterliegt, weil sie schwächer ist als die schwer Bewaffneten.

In drei Akten rollt die Tragödie ab. Die Abrechnung zwischen dem Arbeitgeber und seinen Leuten ist ein sehr kräftiges Stück Drama. Die Gegenspieler aus dem Lager der unbefehrbaren Reaktion sind vorzüglich charakterisiert, sie sind nur soweit kritisiert, wie es die Wahrheitsliebe verlangt. Dann spielt sich eine Szene ab, in der die beiden Mörder ihren Frauermord ausheken. Die tierische Verwüstung der Menschennatur enthüllt sich. Diese Szene bezeugt ein festes Talent zum Führen eines wirklichen, innerlich geladenen Dialogs. Hernach als das Durcheinander um die Ermordung kommen, hernach, wenn die einzeln eingefädelt Schicksale aufgelöst werden sollen, erlischt die Gestaltungskraft. Die gesinnungstüchtige Vieltreue muß ersehen, was an dichterischen Stimmen fehlt.

Die arbeitslosen Künstler, die das Stück spielen, verfügen über gute Kräfte. Unter Leitung von Frh. Staudte ziehen sie die

bloßen und mutlosen Kameraden aus der Not und dem Nichts hervor. Doch an erster Stelle der Rotgemeinschaft stehen Robert Müller und Friedrich Gnash. Müller, ein Schauspieler von voll ausgefüllter, sogar ruhmvoller Vergangenheit, stellt den Werkdirektor dar. Weil sein Text alles hergibt, darf er eine bewundernswürdige Gestalt schaffen, einen Mann, der in jedem Worte und in jeder Bewegung lebt. Und Gnash, Künstler aus der jungen, noch nicht abgestempelten, sondern nur stempelnden Generation, legt die Kerne des Zuschauers sofort mit Beschlag. Die übrigen, es sind etwa 30 Künstler und Künstlerinnen, erweisen sich meist als berechnigte Anwärter auf besseres Brot. Ihre Spielgemeinschaft muß alles aus dem Nichts schaffen, und auch Fräulein Liebtal, die Bühnenbildnerin, löst mit Erfolg die schwere Aufgabe, talentvoll dieser Armut zu tragen.

„Der Bettelstudent.“

Rose-Theater.

Eine im Gefänglichen und Darstellerischen reizvolle Aufführung. Dazu hübsche Bühnenbilder und eine Inszenierung, die im Aufbau der Auftritte, in der Bewegung und Geste Operettentradition mit originellen Einfällen verknüpft. Der Regisseur Paul Rose findet den Ausgleich zwischen Komik und den dramatischen lyrischen Partien. Er schafft aus den beiden Elementen eine künstlerische Einheit. Nach den Staraufführungen der letzten Jahre kommt hier der Erfolg hauptsächlich aus der Geschlossenheit des Ganzen.

Müllers „Bettelstudent“ erfordert große tragende Stimmen. In manchen Duetten wächst das Werk mit seinen Anforderungen in das Gebiet der Oper hinein. Das Theater besitzt diese Stimmen in den Sängern Elise Kochmann und Peter Hornfelsers, bei denen Größe und Kultiviertheit des Organs mit temperamentvollem Ausdruck eine glückliche Vereinigung eingehen. Neben ihnen Beatrice Haager, deren Stimme sich erstreckt entfaltet und abrunder.

Die komischen Partien machen sich nicht selbständig und halten sich von jeder Karikatur frei. Weber Hilde Hofer nach der Mendorf Hans Rosas spielen sich in den Vordergrund, und es entstehen Menschen, und keine schablonierten Operettentypen.

Max Schmidt ist der musikalische Leiter. Die unermessliche, melodiengefüllte Musik glänzt bei ihm so frisch wie am ersten Tag. Sehr ergötzt und rhythmisch beschwingt die großen Finale. F. Sch.

Sieben Münchner — sieben Frankfurter.

Ausstellung in der Porza.

Die Münchener Künstler attackieren Berlin in gestaffelter Ordnung: im Künstlerhaus erwartet man nach der gegenwärtigen ersten demnächst die zweite Serie ihrer Malerei, und schon marschieren auch bei der „Porza“ „Sieben Münchner“ auf, die uns nach willkommenen sind als jene. Die Ausstellung findet man im Deutschlandhaus am Reichsfinanzplatz. Diese jungen Münchener kultivieren eine noble Malerei von jenem angenehmen Niveau, das man heute überall als Resultat so vieler Experimente der letzten Jahrzehnte sehen kann, gedämpfter und durchgeistigter Realismus sozusagen als der Weisheit letzter Schluß, der einer etwas müde gemordenen Kultur in einer Klempe einfallen mag. Der begabteste scheint mir Otto Rückert zu sein, ein Dachschmager mit überlegener Raumführung und schöner klarer Farbe; Karl Jarbe ihm verwandt, unruhiger, vielfältiger und auch naiver. W. Schulz-Ratan gehört zu den klassischsten Bildnern eines äußerst genau genannenen „magischen Realismus“ mit dem Einschlag dämonischer Unheimlichkeit.

Die „Sieben Frankfurter“ bringen als willkommene Ergänzung zwei Bildhauer: Laurent J. Keller, bei uns längst bekannt als Darsteller weiblich fülliger Erscheinung, bezaubert auch hier durch köstliche Kleinbronzen, große Torst und eine herrlich bewegte, höchst lebendige „Mischende“. H. Winter fügt das Moment einer scharfen Naturtreue in demalter Holzskulptur hinzu. Bei den Malern spürt man den Geist Max Beckmanns in lebendiger Umgestaltung: bei Delavillas Akten, Stillleben und Wasserfrauen verstärkt dieses Element, unterbewußt, das Positives angeborenen Geschmacks zu einer darstellerischen Kraft, die ihm früher nicht eignete; bei Hans Feibusch wird es von einer wilden malerischen Kraft ausgegangen. R. W. Heinisch steht an malerischer Kraft ihm nahe. Sein schwarzer Panther ist ein Gebilde von überzeugender Dämonie; unruhig suchen, spürt er merkwürdige Probleme auf wie die vielfältige Spiegelung eines Paares in der Vor (ein reizvolles Bild) und endigt bei sozialen Themen, einer Fabrikphantasie, dem Triptychon einer Revolution mit dem Symbol der riesenhaften roten Fahne. Der jugendliche Sturm und Drang dieses Malers verfliehet, bei seiner Begabung, eine erfreuliche Entwicklung.

p. f. sch.

Das Luftschiff als Forschungsinstrument

In der Gesellschaft für Erdkunde sprach Dr. Eckner über „Arktische und andere Forschungsfahrten des Graf Zeppelin“. Einleitend hob er hervor, daß im Unterschied zu anderen geographischen Forschungsreisen, in welchen auch Feststellungen über den geologischen Aufbau, über Land und Leute, über die Tier- und Pflanzenwelt gemacht werden, eine Forschungsfahrt mit dem Luftschiff als das nicht ergebnisreichere, dafür aber den Vorteil bietet, sonst unzugängliche Gegenden, wie Wüsten, morastige Sumpfländer, die eisbedeckten Polargegenden wenigstens geographisch zu erfassen.

Von seinen verschiedenen Fahrten, in die Arktische Wüste, der Weltfahrt und anderen und schließlich auch von seiner Fahrt in die Arktis im Juli vorigen Jahres zeigte Eckner ein reichhaltiges, überaus interessantes Bildmaterial. Besonders ging er auf die Arktisfahrt ein, vor deren Antritt vielfach wegen der drohenden Vereisung des Luftschiffes gemauert wurde. Gefährlicher sei die Fahrt in dichtem Nebel in Gegenden mit hohen Gebirgszügen; hier sei man stets in Gefahr, die Sicht und Orientierung zu verlieren. Deshalb könne ein Luftschiff auch niemals vorher seine Route genau festlegen, sondern müsse sich nach der Wetterlage richten. Die Arktisfahrt sei nur als erste Versuchsfahrt angetreten worden, um festzustellen, was überhaupt ein Luftschiff hierbei leisten könne. Es ist ein Irrtum anzunehmen, ein Luftschiff könne bei ruhigem Wetter stets nach Willkür auf das Eis niedergehen und sich wieder erheben.

Eine zweite arktische Forschungsfahrt mit dem „Graf Zeppelin“ wird in diesem Sommer kaum möglich sein, da die zur Finanzierung erforderlichen 200 000 Mark kaum aufgebracht werden dürften. Sollte es mit Hilfe der Amerikaner doch gelingen, so würden jedenfalls auch wieder deutsche Gelehrte an der Fahrt beteiligt werden.

Als persönliche Wünsche äußerte Eckner die Erforschung der ganz unzugänglichen und daher noch ganz unbekanntem Südarabien Wüste und der Nordostküste Grönlands, der vielleicht die nächste Forschungsreise des „Graf Zeppelin“ gelten werde. Dr. Bt.

„Mahagonny“ in neuer Fassung. Die Streitfragen um diese hypermoderne Oper sind noch lange nicht erledigt. Es gibt immer noch genug Leute, die sich fragen, ob ein solcher müßiger Stoff überhaupt opernreif ist. Andere nehmen Anstoß an der Tendenz, die ja zum Schluß in der Tat etwas stark ausgeprägt scheint. Noch andere wollen nichts von den angeblichen Heilsteuern und Beglückungsideen des Holzhollers Johann Klermann wissen. Auch die Musik von Weill wird umstritten. All dies beweist freilich, daß das Publikum sich für die Oper interessiert und ihr im Kurfürstendamm-Theater die Göttinger sicher.

Es sind einige neue Forderungen erfolgt, die an dem Gesamteindruck wenig ändern, aber auch die frühere Fassung keineswegs vernichten lassen. Josef Forbach ist jetzt die Begleit; sie gibt der Rolle die große Figur, die sie verdient als prägnante Verkörperung schmerzhafter Geldgier. Sie ist aus einem Guß und auch gelunglich ganz hervorragend. Die Tenorpartie hat jetzt Maris Betra, der mit seiner Stimme die Rolle voll ausschöpft.

Auch Reinhardt schenkt sich ein. Max Reinhardt wird vom 1. Februar ab seine Tätigkeit auf seine eigenen Häuser beschränken und regelmäßig nur das Deutsche Theater und das Große Schauspielhaus bespielen. Die Kammertheater bleiben vor der Hand geschlossen. Die Stadttheater — das Kurfürstendamm-Theater und die Komödie — gehen wieder in die Hände ihrer Eigentümer zurück. Gelegentlich sollen daneben — wie es auch früher geschah — andere Theater vorübergehend in Anspruch genommen werden.

Ein Schüler als Romanautor. Der Autor des von uns besprochenen Romans „Die Aristokraten“, der zunächst das Pseudonym Ernst Erich Noth wählte, ist, wie sich jetzt herausstellt, der aus dem Sieglitzer Schülerprozeß bekannte Paul Kranz.

Die Buchausgabe von Deudners „Simon“ erschien im Verlag von S. Fischer-Berlin.

Moissi-Scandal. Im Stadttheater in Reichenberg (Böhmen), in dem am Mittwochabend Alexander Moissi mit seinem Berliner Ensemble in dem Schauspiel von Bernhard Shaw „Der Arzt am Scheidewege“ gastierte, kam es während der Vorstellung zu wilden Szenen. Halentruerler inszenierten einen Scandal, warfen Stinkbomben und schrien: „Mozig Moissi, Reichenberg ist eine Kulturstätte“ usw. Erst nachdem einige Verhaftungen vorgenommen waren, konnte die Ruhe wiederhergestellt und die Vorstellung zu Ende geführt werden.

Eine Figaro-Ausstellung. Die Pariser Comedie Francaise veranstaltet in ihrem Vestibül zur Feier des 200. Geburtstages von Beaumarchais, der ja zu diesem Theater in ja naher Beziehung gestanden hat, eine Ausstellung, die sich hauptsächlich mit seiner berühmtesten Gestalt, dem Figaro, beschäftigt. Da sind neben Handschriften und Erstausgaben seiner Werke, neben Briefen und Dokumenten, Bildern und Reliquien in 9 Glasfäßen die Werke ausgestellt, die sich an die „Hochzeit des Figaro“ anschließen.

Geschehen in Paris und Straßburg. Wie der „Intranseignat“ zu berichten weiß, soll das Goethejahr zu Pfingsten auch auf der Pariser und Straßburger Universitäten feierlich begonnen werden. Im Oktober wird die Pariser Nationalbibliothek eine Ausstellung von Dokumenten, Bildern und Goethezitierungen veranstalten. Das Material dazu soll der Nationalbibliothek aus Deutschland geliehen werden.

Das Deutsche Hygiene-Museum wird vom 29. Januar bis 28. Februar seine Winterausstellung „Kampf dem Krebs“ im Europahaus (Stresemannstraße) zeigen. Die Eröffnung findet Freitag, vormittags 11 Uhr, statt.

Das Rokoko-Fest der Volkshäuser Saure Wochen — Fröhliche Feiern, das Sonntagabend im Sporplatz stattfindet, kann auch von Nichtmitgliedern besucht werden. Die Karten sind bis zum Eintrittspreis von 2 M. noch 50 Pf. nachzugeben. Das Fest bringt eine Reihe künstlerischer Veranstaltungen, u. a. auch einen Tanzwettbewerb herbeiziehender Roborttanz.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger hat für ihre Wohltätigkeitsveranstaltung am 29. Januar in der Röhren Welt die sämtlichen Teile mit ersten Langweilen besetzt, die während des Tages, wie auch als Begleitung der großen Robortnummern spielen. Die Veranstaltung beginnt um 8 Uhr. Eintritt 1 M.

Sollen 120000 Akademiker hungern?

Der AfA-Bund zur Hochschulreform / Von Dr. Otto Benecke

Die Zahl der Akademiker in der Angestelltenenschaft wächst von Jahr zu Jahr; daher ist es nicht verwunderlich, daß die Spitzenorganisation der freigewerkschaftlich vereinigten Angestellten das Wort zu einer Frage nimmt, die in erster Linie die Akademiker und die Hochschulen, dann aber auch die Gesamtheit angeht: die Hochschulreform wird in der Zeit der Wirtschaftskrise immer dringlicher. Die Denkschrift des AfA-Bundes wird in der Öffentlichkeit mit Recht beachtet werden; ihre Grundzüge sind etwa folgende: Gegenwärtig sind mindestens 40 000 Akademiker erwerbslos, in wenigen Jahren werden es 120 000 sein, die Zahl der Abiturienten hat sich gegenüber der Vorkriegszeit relativ verdoppelt. Die Wirtschaftskrise verschärft das Berechtigungsweesen. Wer mit der mittleren Reife keine Aussichten zu haben glaubt, macht das Abiturium; wer früher sich mit dem Abiturium begnügte, meint jetzt, unbedingt studieren zu müssen, auch wenn Begabung oder wirtschaftliche Verhältnisse dem an sich entgegenstehen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Akademiker nach Abschluß des Studiums Stellen annehmen müssen, die ihrer Vorbildung nicht entsprechen und ungenügend bezahlt werden. Dadurch wird das Gehaltsniveau der Angestellten herabgedrückt und die Sozialpolitik geschädigt. Dennoch wächst die Hochschulüberfüllung weiter. Es ist kein Zweifel, daß auf diese Weise viele ungeeignete zum Studium kommen und darüber hinaus die Begabten in ihrer Entwicklung stören. Die Verlängerung der Studiendauer ist keine Grundlage für Begabtenauslese. Diese Grundgedanken der Denkschrift des AfA-Bundes sind zweifellos richtig.

Der AfA-Bund schlägt als ein Rotprogramm gegen die Ueberfüllung der Hochschulen in erster Linie folgendes vor: eine bessere Gebührenregelung und eine schärfere Begabtenauslese vor dem Studium und während des Studiums.

Lebte Dozentengehälter / Staffelung der Gebühren!

Die Denkschrift steht auf dem Standpunkt, daß die Beteiligung der Hochschullehrer an den Vorlesungsgebühren und die vielfach sehr hohen Honorargarantien das Vorlesungsweesen begünstigen und die sicherer rationellere Seminararbeit zurückdrängen; darum wird eine Aufhebung der Kollegelder und eine feste Fixierung der Dozentengehälter gefordert. Diese Forderung ist nicht neu; sie war einer der Hauptpunkte des Hochschulreformprogramms, das 1919 von dem damaligen Staatssekretär Professor Becker vorgelegt worden war. Auch 1922 und 1923 erwog man im preussischen Kultusministerium aufs neue ernstlich die Frage. Die Gründe, weswegen man sich zu einer Aufhebung damals nicht entschließen konnte, dürften einerseits in rechtlichen Bedenken wegen der wohlverdienenden Rechte der Hochschullehrer, andererseits auch in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Hochschullehrer liegen. In weitesten Kreisen wird die Aufhebung der Honorare nach wie vor gefordert und auch mit moralischen Gesichtspunkten begründet; es kam in der Tat kein Zweifel sein, daß die gegenwärtige Kollegeldregelung die Ursache vieler Mißstände im Hochschulwesen ist. Die Denkschrift erwartet überdies mit Recht vom Fortfall der Kollegelder eine Vereinfachung des Verwaltungsapparats der Hochschulen und eine Erhöhung der Staatseinnahmen; die Pauschalgebühr könne niedriger sein als die bisherigen Kollegelder, durch den Fortfall der Spitzenbezüge vieler Professoren würde es möglich sein, Privatdozenten höhere Stipendien und Assistenten höhere Bezüge zu bewilligen.

Die Denkschrift verlangt eine Staffelung der Gebühren nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Studenten und eine Befreiung des Gebührenlosen. Dieser Vorschlag hat seine zwei Seiten; grundsätzlich ist eine Staffelung der Gebühren sicherlich richtig, aber eine schematische Staffelung bei Befreiung des bisherigen Gebührenlosen ist bedenklich. Gegenwärtig wird ein bestimmter Teil des Gebührenaufkommens, wenn ich nicht irre 20 Proz., dazu verwandt, um bedürftigen und begabten Studenten die Gebühren ganz oder teilweise zu erlassen. Die Bedürftigkeitsprüfung ist bestimmt nicht schön, aber es ist ein gesunder Gedanke, nur begabten Studenten Gebührenfreiheit zu geben. An unbegabten Studenten haben weder Staat noch Gesellschaft ein Interesse. Eine schematische Staffelung benutzte die wirtschaftlich schwachen Studenten auch dann, wenn ihre Begabung und ihr Fleiß angemessenen Anforderungen nicht entsprechen. Diesen Vorschlag halte ich nicht für gut. Die Denkschrift hat recht, wenn sie eine Erhöhung der Gebühren nicht für ein geeignetes Mittel der Begabtenauslese hält. Der Vorschlag, bei einer übermäßigen Verlängerung des Studiums eine besondere „Verweilgebühr“ zu erheben, ist neu und interessant; man wird den Vorschlag mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Studienfaches sorgfältig prüfen müssen.

Scharfe Begabtenauslese!

Die Denkschrift befaßt sich sodann eingehend mit der Frage der Begabtenauslese. Zunächst verlangt sie eine Verkürzung der Hochschulferien, entweder durch Verlängerung der Semester oder Einziehung eines dritten Semesters, um das Studium zu vertiefen und die Begabtenauslese zu erleichtern, sodann aber auch, um das Studium früher beendigen zu können. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Lage des Arbeitsmarktes die Ferienarbeit immer mehr verbietet, und daß also sehr viele Studenten kein Interesse mehr an langen Ferien haben.

Die wichtigste Frage ist natürlich: wie kann man durch eine schärfere und gerechtere Auslese die Zahl der Studenten für die Zukunft verringern? Es ist außerordentlich interessant, daß der Gedanke, neben das Abiturium, also die Schulabgangsprüfung, eine besondere Hochschulprüfung zu stellen, ständig neue Anhänger findet. Ursprünglich gab es keine Schulabgangsprüfung, die Hochschulen selbst entschieden in besonderen Prüfungsausschüssen über die Aufnahme. Als es sich im Anfang des vorigen Jahrhunderts herausstellte, daß dieses Verfahren auf die Dauer unhaltbar war, verlegte man die Prüfung auf die höheren Schulen. Nach hundert Jahren stellt es sich heraus, daß eine gewisse Korrektur des Systems unerlässlich ist. Die höheren

Schulen haben eine doppelte Aufgabe: sie bilden mehr als die Hälfte ihrer Schüler für die sogenannten mittleren Berufe (Kaufleute, Handwerker, Beamte usw.) aus und bilden die übrigen Schüler für die wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen vor.

Das Abiturium hat also auch eine doppelte Funktion: Bescheinigung des erfolgreichen Schulbesuchs und Zuerkennung der Hochschulreife. Beides hat nur wenig miteinander zu tun. Die Schulabgangsprüfung kann bleiben wie sie ist. Aber neben sie muß eine besondere Auslese treten auf Grund der besonderen akademischen Gesichtspunkte. Von verschiedenen Seiten, z. B. von dem Dresdener Stadtschulrat Dr. Hartnack und von dem Schreiber dieser Zeilen, ist gefordert worden, daß denjenigen Abiturienten, die die Hochschule besuchen wollen, durch besonderen Beschluß des Lehrerkollegiums die Hochschulreife ausdrücklich zuerkannt werden muß, ehe sie zugelassen werden dürfen. Ich habe darüber hinaus vorgeschlagen, durch Vereinbarung der Länderregierungen von Jahr zu Jahr einen Prozentsatz der Abiturienten festzulegen, dem in den einzelnen Schulen höchstens die Hochschulreife zuerkannt werden darf. Von anderer Seite wird empfohlen, als Eingangs- und Grundfakultät der Hochschule eine „humanistische Fakultät“ zu schaffen, die alle Studenten durchlaufen müssen; hier soll dann eine scharfe Auslese stattfinden. Keineswegs fordert der AfA-Bund; er schlägt vor, die Reimmatrikulierten zu kleinen Gruppen und Pflichtstunden zusammenzufassen unter Leitung junger Dozenten und Assistenten und hier die Auslese vorzunehmen. Einen dieser Schritte oder einen ähnlichen

Schritt wird man in der Tat gehen müssen; es wäre gut, wenn die amtlichen Stellen sich schnell und sorgfältig mit dieser Frage beschäftigen würden.

Grundsätzliche Forderungen

Für die endgültige Hochschulreform verlangt der AfA-Bund Neubestellungen der universellen Bildungsidee der Hochschule, Ersetzung der Vorlesungen durch Vorlesungen, planvolle Ausgestaltung der Ferien, Abschaffung des Repetitor, unwesens und Brechung des Bildungsprivilegs. Die Denkschrift erwartet, daß die Hochschule die Auslese selbst vornehmen kann, und daß daher die Zugangswege zur Hochschule vermehrt und erweitert werden können. Die Zahl der Zulassungswegen ist durch die Vielfältigkeit der höheren Schulen, durch Erschließungsprüfungen, Ergänzungsprüfungen und die sogenannte Begabtenprüfung seit 1919 sehr vermehrt worden; ich bezweifle, ob es nötig ist, auf diesem Wege noch erheblich weiterzugehen. Jedoch hängt die Entscheidung darüber wesentlich von der Gestaltung der Hochschulauslese ab.

Der AfA-Bund weist nachdrücklich auf die große Bedeutung des ganzen Fragekomplexes hin. Regierung und Öffentlichkeit werden der freien Angestelltenenschaft dankbar dafür sein, daß sie vom allgemeinen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkt aus mit Entschlossenheit und Gründlichkeit zur Frage der Hochschulreform Stellung genommen hat, die in der Tat eins der wichtigsten Probleme der Nation ist.

Arbeiterbildung bei Taubstummen

Resultate eines Kurses / Von Valtin Hartig

Zuweilen sieht man in der Untergrundbahn zwei Passagiere sich angeregt und lebhaft unterhalten. Sie gestikulieren mit einer Leidenschaft und Schnelligkeit, die überrascht — aber ihre Unterhaltung bleibt stumm: Die zwei lautlos Sprechenden sind Taubstumme.

„Wie mag sich im Kopfe dieser von der Natur vernachlässigten Riesenmenschen die Welt spiegeln?“, fragt man sich wohl und beobachtet verstockt und schmerzhaft. Am liebsten hätte ich mich diese Taubstummen das Los der Arbeitslosigkeit ansehen! Gewiß wird es für sie eine besondere hässliche oder kommunistische Fürsorge geben, sagt man sich selbst zur Berichtigung, um auf weitere Erkundigung zu erfahren, daß die Taubstummen genau so ungeschützt dem Leben gegenüberstehen wie wir anderen, mit unseren fünf Sinnen Begabten. Die Förderung der Taubstummen, bei Arbeitseinstellung und Entlassung einen ähnlichen Schutz wie etwa Schwertriebsbeschädigte zu erhalten, ist noch weit von der Erfüllung entfernt.

Ein erschütterndes Erlebnis ist es, zu sehen, wie sich zwei taubstumme Blinde unterhalten. Sie lassen sich an den Händen, betasten sich darauf und sagen sich damit langsam was sie auf dem Herzen haben. Es gibt einige Hunderte von ihnen in Deutschland.

Von den Glücklichen aber, die nur taubstumme sind, leben mehrere Tausende allein in Berlin. Davon sind etwa 800 freigewerkschaftlich organisiert. Sie finden sich in allen Berufen, vorzugsweise aber im Tischler-, Schuhmacher- und Sattlerhandwerk. Ihrer nimmt sich der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im besonderen an — wie vielseitig ist doch dessen Aufgabe und Betätigung! Er hat einen Ausschuß für die taubstummen Gewerkschaftsmitglieder nach der Revolution errichtet, der auch ein Mitteilungsblatt herausgab, das aber in der Inflation einging. Er veranstaltet regelmäßig große Versammlungen, die von 300 bis 400 Teilnehmern besucht sind und in denen über die großen Tagesfragen referiert wird. Wer zum ersten Male davon hört, ist gewiß erstaunt, zu erfahren, daß bei einer solchen Versammlung auf das Referat eine bewegte, ja manchmal stürmische Diskussion folgt.

Gerade ist ein Abendkursus, den der Ortsausschuß durch die Gewerkschaftsschule für die Taubstummen veranstalten ließ, zu Ende gegangen. Wie ein solcher Kursus verläuft, dürfte nicht nur für die Besucher und den Arbeiterbildner von Interesse sein.

Zunächst war ich nicht wenig überrascht, als die Gewerkschaftsschule anfragte, ob ich nicht für Taubstumme einen Kursus mit dem Thema „Geschichte und Aufbau der Gewerkschaften“ übernehmen wolle. Aber wie soll ich mich Taubstummen verständlich machen, da ich ihre Zeichensprache nicht beherrsche? Das ist nicht schlimm, antwortete der Vertreter der Schule, das ist sogar sehr einfach; du findest einen Kollegen vor, der alles übersetzt, was du zu sagen hast. Versuch's nur, du wirst erstaunt sein zu sehen, wie aufmerksam und interessierte Schüler du hast.

Die Eigenart der Aufgabe wird jeden Pädagogen reizen. So übernahm ich sie, ohne mir irgendeine bestimmte Vorstellung machen zu können, wie ich sie erfüllen sollte. Das nur war mir gewiß, daß möglichst mit Anschauungsmaterial zu antworten sei. Also eine Tafel ist nötig und Schaubilder, wie sie der ADGB über die Struktur der Verbände und ihre Aufgaben herausgebracht hat. Voller Spannung und nicht ohne Bedenken sah ich dem ersten Abend entgegen.

In einem der kleineren Säle des Gewerkschaftshauses finde ich etwa 50 Kollegen aus den verschiedenen Verbänden beisammen. Eine Anzahl hat ihre Frauen dabei. In dem Raum herrscht ein reges Leben; alles befindet sich in lebhafter Unterhaltung, und es geht durchaus nicht still zu. Die Töne, die mir entgegenströmen, scheinen rauher und unartikulierter. Ich grüße laut beim Betreten des Saales, aber niemand hört mich — ich bin wie ganz verloren unter diesen alten und jungen Kollegen, in dieser Versammlung, die sich sonst von einer anderen Versammlung kaum zu unterscheiden scheint. Nur die Brücke des Verstehens zwischen ihnen und mir fehlt vollständig. Glücklicherweise erkenne ich den Obmann des Ortsausschusses, und wie einen Retter begrüße ich den Dolmetscher.

Der Kursus beginnt. Scharf beobachte ich den Dolmetscher, wie er den Abend einleitet. Aller Augen sind mit voller Konzentration auf ihn gerichtet. Er redet, und ich höre keinen Laut. Aber er spricht, formt die Worte mit seinen Lippen so deutlich wie nur möglich und begleitet sie mit geheimnisvollen Gesten. Zustimmung leuchtet auf den Gesichtern auf. Besonders impulsive Teilnehmer bewegen, wie scharf artikulierend, den Mund, und laut wird Beifall geklärt. Die Stimmung ist gut, und die Reihe ist an mir. Ich spreche langsam und so einfach und klar wie möglich; zu gleicher Zeit wiederholt der Dolmetscher mit Mund und Gesten meine Worte. Es ist nicht wie die Uebersetzung in eine fremde Sprache, wobei erst ein Abschnitt gesprochen und dann übersetzt wird, was doppelte Zeit erfordert. Während ich vortrage, beobachte ich weiter, Fremdwörter, das sehe ich, darf man hier nicht gebrauchen. Komplizierte Sätze sind ebenfalls nicht am Platze. Die Gedankengänge müssen einfach sein. Namen, Zahlen schreibe ich an die Tafel.

Ich stelle Fragen. Man antwortet. Erstaunlicherweise bemühen sich die Antwortenden, laut zu sprechen. Ich verstehe aber die Worte kaum, die sozulange unbehalten, unelastisch, rau und nicht artikuliert aus dem Munde kommen und die, weil sie schwer gelingen, immer wieder von neuem angefaßt werden, so daß die Antwort lange dauert. Es scheint mir besser, den Fragen ausschließlich einen besonderen Teil des Abends zu widmen, ohne natürlich auf gelegentliche Fragen während des Vortrages zu verzichten. Ich muß diese Methode auch schon wegen des Zeitmangels anwenden. Die Sache klappt; ich freue mich: Die Zuhörer — besser Zuhörer — gehen mit, sind gefangen. Zu meinen Worten gesellen sich ganz von selbst mahlende Gesten; manche Teilnehmer haben auch ohne Dolmetscher verstanden. Das schien psychologisch ein wichtiger Faktor für das Gelingen des Kurses zu sein: denn so mochte vielleicht mancher glauben, er verstehe den normal Redenden wie ein Normaler; sein Gebrechen beeinträchtigt ihn nicht, und das mußte sein Selbstgefühl steigern.

Doch man soll nicht voreilig sein; denn auch folgendes habe ich wahrgenommen. Ich stehe nahe bei dem Dolmetscher, und während ich spreche und er übersetzt, winkt ein besonders Aufmerksamer, ich solle von dem Dolmetscher weiter weggehen; sonst störe ich den Zuhörer. Zuhörer beim Aufnehmen des Vortrages des Dolmetschers. Schließlich ist es also doch besser, so lange ein Dolmetscher nötig ist, daß der Vortragende nur für den Dolmetscher spricht, wobei er auf Modulation und eigene Gesten verzichten kann und dem Dolmetscher alle visuelle Rhetorik überläßt.

Hervorzuhoben ist vor allem der Eifer, mit dem die Teilnehmer dem Kursus gefolgt sind. Bei anderen Kursen fällt ein Teil der Schüler im Verlauf des Kurses ab. Bei den Taubstummen war das nicht der Fall. Vielleicht ist das darauf zurückzuführen, daß die Beratungen für sie nicht so zahlreich wie für die anderen sind. Unerlässlich war das Bedürfnis, Fragen zu stellen, sich Klärung über die Zeitgeschehnisse zu verschaffen. Dabei wurden allerdings auch erstaunlich primitive Fragen an den Lehrer gerichtet. Es scheint, daß die Welt derer, denen der normale Gebrauch zweier so wichtiger Organe fehlt, doch enger ist. Er fehlt ihnen damit ja auch die Möglichkeit, sich mit anderen Arbeitskollegen zu unterhalten, mit ihnen Probleme zu diskutieren. So ist der Taubstumme auf den Verkehr mit anderen Taubstummen angewiesen. Daraus mag eine besondere Psychologie der Taubstummen herzufließen sein. Sie fühlen sich so recht wohl nur im Beisammensein mit anderen Taubstummen. Deshalb pflegen sie ein besonderes Vereinsleben, sondern sich von den Normalen gern ab. Ein Beweis dafür schien mir zu sein, daß eine Gruppe nach der Kursusstunde nicht im Gewerkschaftshaus, sondern in einer kleinen Wirtschaft noch beisammen saß.

Solche Blätter werden von den religiösen Gemeinschaften herausgegeben. Es ist zu bedauern, daß die Gewerkschaften kein Mitteilungsblatt mehr für die Taubstummen besitzen, die in ihren Reihen doch einige Tausend zählen. Hoch aber ist anzuerkennen, wie sehr sich der Berliner Ortsausschuß der Taubstummen annimmt. Vielleicht gelingt es bald, auch eine Parteigruppe der Taubstummen in Berlin zu schaffen. Bemühungen dazu sind im Gange.

